

Die Europäische Union ist mit zunehmender Armutsmigration aus südöstlichen EU-Mitgliedsstaaten konfrontiert und mit den Anforderungen zur Bekämpfung von Armut in den Herkunftsregionen sowie der Regelung der Aufnahme in den Zielländern überfordert. Ökonomische, soziale und sozialstaatliche Strukturschwächen in den Herkunftsländern der Armutsmigration (allem voran betrifft dies: Slowakei, Rumänien, Ungarn, Bulgarien) können als wesentlich verantwortlich für diese spezielle Form der EU-Binnenmigration hervorgehoben werden (EU-weit befanden sich im Jahr 2013 etwa fünf Millionen Menschen auf Grund von Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung auf zum Teil temporärer Binnenmigration). Die vorliegenden Informationen aus dem internationalen Raum der EU-Mitgliedsstaaten machen deutlich, dass den Rahmenbedingungen in der Aufnahmegesellschaft keine wesentliche Rolle bei der Wahl der Destination von Notreisenden beigemessen werden kann. Es handelt sich bei den Notreisenden vielmehr um Getriebene, die sich verständlicherweise dorthin wenden, wo im weithin vermarkteten Wohlstand (siehe dazu etwa die Hochglanz-Broschüren der Tourismusindustrie) eine Chance gesehen wird, den in der Herkunftsregion vorherrschenden Armutsverhältnissen zu entkommen. Die Tourismuswerbung¹, z.B. in Salzburg, schürt diese Erwartungshaltung – mit nachhaltigem Erfolg! Danach ist Salzburg die Stadt der Kultur, des Nobel- und Edeltourismus, die Stadt, in der sich alles trifft, was Geld und Wohlstand in Europa repräsentiert.

Unter anderem deshalb kommen Notreisende nach Salzburg, unabhängig davon, welche Angebote der Erwerbsarbeit sie hier vorfinden und/oder wie ihr Aufenthalt geregelt oder strukturiert wird. Insbesondere die Frage nach den Effekten eines Bettelverbots, sei dieses nun total, partiell oder sektoral, geht an der Thematik der Armutsmigration gänzlich vorbei, zumal es den Notreisenden mehrheitlich gar nicht um die Perspektive des Bettelns geht. So wird im EU-Raum davon ausgegangen, dass etwa 80% der Notreisenden irgendeine Form der Erwerbsarbeit, wenngleich häufig zu sehr prekären Arbeitsbedingungen, realisieren können. Ein ähnliches Ergebnis konnte für Salzburg² festgestellt werden. Danach hat sich mehr als die Hälfte der Notreisenden, die in Salzburg angetroffen und befragt werden

¹ Siehe dazu: <http://www.salzburg-altstadt.at/>

² Heinz Schoibl (2013), Lebens- und Bedarfslagen von Notreisenden und BettelmigrantInnen in Salzburg

konnten, aktiv um Erwerbsarbeit bemüht bzw. sind viele ohnedies bereits als (Gelegenheits-)ArbeiterInnen oder als ZeitungsverkäuferInnen tätig. Der medial verbreitete Eindruck, wonach vor allem Roma und Romnja nach Salzburg kämen, um hier zu betteln und mittels milder Gaben einen Notgroschen für Zuhause zu lukrieren, ist nachweislich falsch und entbehrt jeder empirischen Grundlage. Tatsache ist stattdessen, dass zwar ein großer Anteil der Notreisenden zur Volksgruppe der Roma gehört, dass daneben jedoch auch viele Angehörige der Mehrheitsbevölkerung der südosteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten als auch Angehörige von anderen sprachlichen Minderheiten (z.B. Ungarn aus Rumänien) vor der Notwendigkeit stehen, sich auf der Straße die nötigen Überlebensmittel zu sichern. Von Bedeutung erscheint diesbezüglich, dass damit auch die Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen, die in den Herkunftsländern beobachtet werden können, mittransportiert werden und sich in der Gemeinschaft der Notreisenden vor Ort und z.B. den Winter-Notquartieren beobachten lassen.

Die aktuelle Debatte in den österreichischen Städten ist entgegen vorliegender Belege auf Fragen und Forderungen nach einem Bettelverbot beschränkt. Dieser Diskurs greift jedoch deutlich zu kurz. Die grundsätzliche Frage nach möglichen und realistischen Alternativen zum Betteln kann unter diesen Vorzeichen nicht diskutiert werden. Mit Straßenmusik, mit dem Verkauf kleiner Andenken und / oder Straßenzeitungen alleine sind in Salzburg keine ausreichenden Alternativen gegeben, sodass trotz individuellen Bemühens um andere Erwerbsstrategien eine relativ große Zahl von Notreisenden darauf zurückgreifen müssen, auf der Straße oder z.B. in den Eingängen von Kirchen bzw. Supermärkten die Hand aufzuhalten.

Für die Diskussion von politischen Ansätzen mit konstruktiven Perspektiven ist zudem von Bedeutung, dass die Option eines totalen Bettelverbots verfassungswidrig ist und (gemäß der aktuellen Positionierung der politischen Parteien in Salzburg) absehbar nicht realisiert werden wird. Ein Bettelverbot erscheint auch insofern als unwirksam, weil es lediglich eine Minderheit der aktuell anwesenden ArmutsmigrantInnen betrifft. Dazu kommt, dass sich durchschnittlich an die 200 Notreisenden temporär (im Verlauf eines Jahres wiederholt) in Salzburg aufhalten. Insgesamt dürften im Verlauf eines Jahres etwa 1.350 ArmutsmigrantInnen mehr / minder vorübergehend Aufnahme und Hilfe in Salzburg suchen. Eine schlichte Ausgrenzung dieser BesucherInnen Salzburgs und die Verweigerung der einfachsten Angebote einer Basisversorgung erscheint auch in demokratiepolitischer Hinsicht bedenklich, unter anderem weil es sich um einen Verstoß gegen Humanität sowie gegen die Deklaration der Menschenrechte handelt, welche den Grundkonsens der österreichischen Verfassung bilden.

In jedem Fall dürfte feststehen, dass sich an der Tatsache der Armutsmigration in den kommenden Jahren nichts ändern wird. Notreisende werden in diesem Sinne zu einem fixen Bestandteil der urbanen Wohlstandsregionen, die solcherart aufgefordert sind, eine Trendwende gleichermaßen in der öffentlichen Meinung als auch im Kontext der politischen Handlungsfelder der Armutsbekämpfung einzuleiten, sich zunehmend von Diskriminierung und tendenziöser Kriminalisierung abzugrenzen und einen Kurswechsel sozialstaatlichen Handelns zu realisieren. Im Mittelpunkt dieser Anforderungen an die kommunale Politik stehen in jedem Fall Aufgaben der Bekämpfung akuter Wohnungslosigkeit durch Vorsorgen für eine bedarfsorientierte Basisversorgung einschließlich der Eröffnung von Zugängen zu Bildung und medizinischer Versorgung sowie – in perspektivischer Hinsicht von besonderer Bedeutung – der Schaffung von alternativen Erwerbsmöglichkeiten. Das betrifft vor allem die gezielte Verbesserung der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen im Kontext prekärer Beschäftigung auf dem Arbeitsstrich und/oder als pseudoselbstständige ZeitungsverkäuferInnen.

Literatur zu Armutsmigration und kommunaler Politik

- P. Chwistek: Obdachlose EU-Bürger_innen und die Wiener Wohnungslosenhilfe, 2013, in: Soziales Kapital 10/2013 (Download unter: <http://www.sozialeskapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/291/487.pdf>)
- F. Koller (Hg.), Betteln in Wien. Fakten und Analysen aus unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen, Wien 2012
- K. Pollinger, E. Avdijevski, H. Pitinger, J. Beer (2011), Station Josefstädterstraße. Eine Sozialraumanalyse des öffentlichen Raums im Umfeld des Tageszentrums Josefstädterstraße, Wien
- H. Schoibl, Lebens- und Bedarfslagen von Notreisenden und BettelmigrantInnen in Salzburg, 2013; Download unter: www.helixaustralia.com
- J. Tabin, „Bettelnde Roma“? Forschungsergebnisse aus Lausanne, in: B. Schär, B. Ziegler (Hg.), Antiziganismus in der Schweiz und in Europa, 2013
- B. Tiefenbacher, H. Zettelbauer, S. Benedik, Die imaginierte „Bettlerflut“, 2011